

Bad Wildungen, den 2. Dezember 2019

Rede zum Haushaltsplan 2020 von Marc Vaupel (CDU)

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach den Berichten der Verwaltung über zurückgehende Gewerbesteuerereinnahmen und höhere Aufwendungen ließ der Haushaltsplan für das nächste Jahr Böses ahnen. Wir waren dann doch etwas überrascht, dass im Ergebnishaushalt ein Jahresergebnis von 703.086,-€ ausgewiesen wird. Für einen Moment haben wir uns gefragt: „Kann der Bürgermeister etwa zaubern?“

Ein genauerer Blick in die Zahlen offenbart dann aber doch, dass der Bürgermeister – leider – über keine magischen Kräfte verfügt.

Entgegen der seit Langem deutlich gemachten Aufforderung zur Reduzierung der Ausgaben sollen die ordentlichen Aufwendungen wiederum um 772.010 € oder rd. 1,7 % zulegen.

Gelingen kann der Haushaltsausgleich nur durch Glück, weil der Stadt aus Steuern sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen rd. 1.332.143,- € zusätzlich zufließen sollen. Würden die Steuer- und Zuweisungsquellen nicht weiterhin kräftig sprudeln, wäre die Stadt deutlich ins Minus gerauscht!

Die CDU macht sich ernsthafte Sorgen, dass die Stadt bei dieser Haushaltsführung in Zukunft ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden kann.

Auf die Einnahmen haben wir nur wenig Einfluss. Ein Großteil der Einnahmen kommt aus dem Anteil an der Einkommensteuer, der Gewerbesteuer und der Umsatzsteuer.

Nach bald 10 Jahren ununterbrochenem Wachstum stellen alle namhaften Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesbank mittlerweile eine Abkühlung der Wirtschaft fest. Ob es bei einer Eintrübung bleibt oder unsere Wirtschaft in eine Rezession rutscht, bleibt abzuwarten.

Wir müssen uns aber darauf einstellen, dass die Einnahmen stagnieren oder vielleicht in Zukunft sogar zurückgehen. Wenn dies der Fall ist, rutschen wir bei dieser Haushaltsführung in die Verlustzone.

Die Gesamtaussage aus den vergangenen Jahren hat deshalb auch in diesem Jahr Bestand: Der Anstieg der Ausgaben kann so nicht weitergehen. Wir müssen uns mit unseren Aufwendungen ernsthaft auseinandersetzen, ohne dabei die ohnehin schon sehr geringen Investitionen zu kürzen.

Die Aufwendungen müssen gesenkt werden.

Die Personalintensität steigt kontinuierlich an von 25,87 % in 2017 auf 27,84 % im Plan 2020 und voraussichtlich 29,07 % in 2023. Die Aufwendungen für Personal und Versorgung sollen allein im Vergleich zum Vorjahresansatz um 776.350,- € ansteigen.

Dass es so nicht weitergehen kann, haben wir schon im vergangenen Jahr sehr deutlich gemacht.

Während die in etwa gleich große Stadt Fritzlar 95,75 Stellen in ihrem Haushaltsplan ausweist sind es bei uns 2 ½-mal so viele, nämlich 241 Stellen.

Das Hauptamt hat uns vor kurzem einen Personalentwicklungsplan überreicht und diesen im Finanzausschuss erläutert. Dieser Personalentwicklungsplan enthält viele richtige und mutige Ansätze und verdient es unbedingt weiterverfolgt werden. Ziel muss es sein, bei Verrentung bzw. Pensionierung freiwerdende Stellen nicht nachzubeseetzen und die Arbeit möglichst zu verdichten. Wir von der CDU bedanken beim Hauptamt für die fleißige und mutige Arbeit und möchten Sie ermutigen, mit Ihren Gedanken und Überlegungen unbedingt fortzufahren. Wir sind auf Ihre Vorschläge gespannt und werden Sie unterstützen!

Herr Bürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede sinnieren Sie über eine Anhebung der Grundsteuer B um 5 %-Punkte bis zum Nivellierungshebesatz des kommunalen Finanzausgleichs. Es ist natürlich einfach, sich Einnahmen zu verschaffen, indem man den Bürgern in die Tasche greift. Nach Auffassung der CDU ist der richtige Weg aber, dass bei den Aufwendungen an vernünftiger Stelle gespart wird. Für die CDU kann ich Ihnen mitteilen, dass wir einer Anhebung der Grundsteuer B nicht zustimmen werden.

Die Kreisumlage soll um 0,5 %-Punkte laut Haushaltsplan ansteigen. Die Bad Wildunger Bürger werden damit für die schlechten Ergebnisse des Kreiskrankenhauses in Frankenberg weiterhin in Haftung genommen. Der Landkreis mit dem SPD-Landrat an der Spitze ist aufgerufen, das finanzielle Problem des Kreiskrankenhauses auch für jene Kommunen, die nicht im Einzugsgebiet des Kreiskrankenhauses Frankenberg liegen, zu lösen. Wir Wildunger wollen jedenfalls nicht ständig für das Frankenger Kreiskrankenhaus weiter in Anspruch genommen werden, zumal wir unser Krankenhaus bereits vor Jahren an einen leistungsfähigen Krankenhausträger übergeben haben, der in Bad Wildungen auch ein neues Krankenhaus errichtet hat.

Was tut der Kreis eigentlich für uns oder was könnte er für uns tun?

Da fällt uns von der CDU natürlich als erstes der Schlachthof ein. Es ist sinnvoll, dass vor Ort geschlachtet wird. Dies ist gut für die Tiere, denen lange und quälende Transportwege erspart bleiben. Dies ist gut für die Bauern, für die Metzger, Vermarkter und die Verbraucher vor Ort. Wir treten für eine regionale Wertschöpfungskette ein. Es ist auch vernünftig, hier die Zusammenarbeit mit dem

benachbarten Schwalm-Eder-Kreis, ggf. auch mit dem Landkreis und der Stadt Kassel zu suchen.

Nachdem die Übernahmeofferte durch den Landkreis aber zunächst vielversprechend angepriesen wurde, Herr Bürgermeister, scheint die Sache nun zu stocken.

Scheinbar ist der Vorgang auf Landkreisebene doch noch nicht so ausgegoren gewesen, wie dies hier von Ihnen dargestellt wurde. Wir haben jedenfalls die Befürchtung, dass dem Schlachthof nach längerer Schließungszeit ein ähnliches Schicksal drohen könnte wie unserem Kurhaus. Herr Bürgermeister, wir fordern Sie deshalb dazu auf, jetzt beim Landkreis nachzufassen und Druck zu machen, dass von dort möglichst zeitnah eine Entscheidung getroffen wird.

Gespräche sollten mit dem Landkreis auch noch zu einem anderen Punkt geführt werden:

Bekanntlich wird der Grün- und Strauchschnitt künftig nicht mehr an der Müllumschlagstation abgenommen, gleiches gilt wohl auch für den von der Stadt eingesammelten Biomüll. Dies ist für die Stadt ärgerlich, die nun für 100.000,- € auf dem Bauhofgelände einen Schredderplatz bauen möchte.

Zudem müssten künftig unsere Müllwagen mit den Mitarbeitern für die Ablieferung des Biomülls bis nach Geismar fahren, was Zeit und Geld kostet.

Intelligente Alternativen sind hier gefragt. Statt des Baus eines eigenen Schredderplatzes sollten Sie, Herr Bürgermeister, nach Auffassung der CDU schnellstens mit dem Landkreis in Gespräche eintreten und darüber verhandeln, ob die Müllumschlagstation an der Umgehungsstraße in Alt Wildungen von der Stadt übernommen werden kann.

Die Bürger könnten dann künftig dort ihren Grün- und Strauchschnitt abgeben, wobei die Annahmezeiten deutlich ausgeweitet werden könnten und damit auch das Angebot für die Bürger.

Weiterhin könnten bei dieser Konstellation auch die städtischen Müllwagen den Biomüll weiterhin in der hiesigen Umschlagstation abliefern und der Müll könnte dann in Großcontainern nach Geismar oder an andere Orte verbracht werden. Die bei den Investitionen vorgesehenen 100.000,- € für die Einrichtung eines Schredderplatzes sollten nach Auffassung der CDU deshalb zunächst mit einem Sperrvermerk versehen und der Bürgermeister beauftragt werden, schnellstens in Gespräche mit dem

Landkreis wegen einer Übernahme der Müllumschlagstation einzutreten.

Nennenswerte Einsparungen im Haushaltsplan finden sich nur bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Guckt man sich die Einzelhaushalte an, dann wird bei der Instandhaltung gespart, z.B. beim den Gemeindestraßen soll der Ansatz um 75.650,- € sinken. Wir erwarten im Finanzausschuss eine nachvollziehbare Darstellung und Erläuterung dazu, ob mit dieser Reduzierung der Instandhaltungskosten auch eine Qualitätseinbuße einhergeht. Wir haben viele Straßen, die sich schon jetzt in einem schlechten Zustand befinden. Es kann nicht der richtige Weg sein, dass die Stadt bei der Instandhaltung spart und damit Straßen, Wege, Plätze, Brunnen usw. schneller kaputtgehen und damit der Bürger schneller wieder bei einer grundhaften Erneuerung veranlagt werden kann. Das ist nach Auffassung der CDU der falsche Weg.

Seit einigen Jahren bauen wir Bushaltestellen barrierefrei um. Ein solcher barrierefreier Umbau ist für unsere Gäste und Bürger wichtig und wird von uns auch nicht in Frage gestellt. Kritisch wird von uns aber

gesehen, dass uns eigentlich eine rd. 90%-ige Förderquote bei der Umgestaltung der Bushaltestellen zugesagt wurde. Im Haushaltsplan 2020 sind Kosten für den barrierefreien Umbau bei den Investitionen in Höhe von 535.000,00 € und in 2021 noch einmal in Höhe von 400.000,00 € ausgewiesen. Zuschüsse sollen aber nur in Höhe von 161.400,00 € fließen, dies entspricht gerade einmal einer Förderquote von 17,26 %. Herr Bürgermeister, wo bleiben hier die restlichen 72,74 % Förderung?

Kritisch sehen wir auch, dass bei der Umgestaltung die Bushaldebuchten verschwinden. Dies führt dazu, dass sich hinter den wartenden Bussen an den Haltestellen die Autos stauen. Bis jetzt verfügen z.B. die Bushaltestellen an der Ecke Brunnenallee/Dr.-Marc-Straße oder am Altenheim Christkönig über entsprechende Haltebuchten für die Busse, die aber künftig wegfallen sollen. Wollen wir wirklich sämtliche Haltebuchten entfernen, nur um die Voraussetzungen für ein Förderprogramm zu erfüllen? Wäre es nicht auch möglich, die Haltestellen auf eigene Kosten umzurüsten? Würden wir dann wirklich teurer kommen? Beim Altenheim Christkönig handelt es sich nach unserer Information auch um einen Umsteigepunkt, für den besondere Voraussetzungen angeführt werden könnten, die unter Umständen auch

die Beibehaltung einer Bushaltebucht gestatten würden.

Bevor wir jetzt also mit dem Umbau der Bushaltestellen fortfahren und die Haltebuchten einziehen, sollte zunächst die Förderquote und insbesondere auch geprüft werden, ob die Bushaltebuchten beibehalten werden können, notfalls auch bei Verzicht auf die Förderung. Für die hier vorgesehenen Investitionen in Höhe von 535.000,00 € werden wir zunächst einen Sperrvermerk beantragen.

Viel Geld lassen wir uns unseren öffentlichen Personennahverkehr hier in unserer Stadt kosten, der mit 1.020.000,- € im Haushaltsplan steht. Eigentlich hatte man uns prognostiziert, dass wir mit 660.000,- € auskommen. Herr Bürgermeister, kürzlich haben Sie zu diesem Thema deutlich gemacht, dass Sie nicht der Aufsichtsratsvorsitzende der StadtBus GmbH sind und damit nichts zu tun haben. Der uncharmante Versuch, die Verantwortung abzuschieben, ist in der Sache aber nicht fair. Für den Haushalt der Stadt Bad Wildungen haben Sie an der Spitze gerade zu stehen. Sie müssen sich deshalb Gedanken darüber machen, wieviel der öffentliche Personennahverkehr unsere Stadt kosten darf. Die Stadt ist hier die Auftraggeberin und die StadtBus GmbH die Auftragnehmerin. Wenn

die StadtBus GmbH den öffentlichen Personennahverkehr nicht zu erträglichen Aufwendungen für uns erbringen kann, dann müssen Sie uns Alternativvorschläge machen. Entweder müssen Sie als Vertreter der Stadt andere Konditionen mit der Auftragnehmerin aushandeln oder alternativ ggf. sogar darüber nachdenken, ob man nicht den StadtBus-Verkehr doch noch einmal ganz offiziell europaweit ausschreibt und nach dem günstigsten Anbieter sucht. Sie, Herr Bürgermeister, beschäftigen sich mit der Verantwortung für die StadtBus GmbH, uns interessieren die Kosten für die Bürger. Ihre Gedanken hierzu kennen wir nicht. Wir wissen nicht, welche Vorstellungen Sie dazu haben, wie der öffentliche Personennahverkehr zu welchen Kosten in unserer Stadt in der Zukunft aussehen soll.

Die Staatsbad GmbH hat die Aufgabe, unseren Kurbetrieb zu organisieren. In unserer heimischen Tageszeitung konnten wir kürzlich einen Artikel dazu lesen, dass das Wildunger Staatsbad und die Edersee Touristik eine Fusion anpeilen. Die Edersee-Region ist deutschlandweit sehr bekannt und unser unmittelbarer Nachbar. Eine Zusammenarbeit macht Sinn. Dabei ist es sinnvoll, beim Marketing zusammenzuarbeiten und möglichst einen einheitlichen Auftritt zu erarbeiten,

wobei der Schwerpunkt Gesundheit für Bad Wildungen und der Schwerpunkt Freizeit für den Edersee herauszustellen ist. Allerdings glauben wir nicht, dass dafür eine Fusion der Staatsbad GmbH mit der Edersee Touristik erforderlich ist. Unser Staatsbad hat noch sehr viel weitergehende Aufgaben als das reine Marketing. Es gilt hier den Kurbetrieb zu organisieren, Veranstaltungen zu planen und auszurichten und schließlich auch die Marke „Bad Wildungen“ herauszuarbeiten. Bei einer gemeinsamen Gesellschaft mit dem Edertal sehen wir die Gefahr, dass unsere Wildunger Stärken und Interessen verwässert werden könnten. Ein Beispiel dafür ist das zuletzt aufgelegte Gastgeberverzeichnis. Unsere Stadt wird darin „Unter ferner liefen“ geführt.

Wir von der CDU sagen hier und heute, dass wir gegen eine Fusion der Staatsbad GmbH mit der Edersee Touristik sind.

Wir haben nichts dagegen, dass die Staatsbad GmbH mit der Edersee Touristik zusammenarbeitet und Verträge ggf. über ein gemeinsames Marketing, ein gemeinsames Label oder für gemeinsame Werbung abschließt. Dies kann aber in Einzelverträgen geregelt werden, bei denen zielgerichtet und auf den Einzelfall beschränkt zusammengearbeitet wird. Unser

Staatsbad haben wir aber Anfang des Jahrtausends mit dem Ehrgeiz übernommen, unseren Kurbetrieb hier selbst schlagkräftig zu organisieren. Da ist nach unserer Auffassung noch viel Potenzial nach oben.

Herr Bürgermeister, zu diesem wichtigen Thema kennen wir Ihre Meinung nicht. Der Kurbetrieb ist der mit Abstand wichtigste Wirtschaftszweig in unserer Stadt. In Ihrer Haushaltsrede gehen Sie nicht mit einem einzigen Wort auf die in der Zeitung dargestellte Fusion ein. Soweit uns bekannt ist, endet auch in absehbarer Zeit der Vertrag für die Geschäftsführung unserer Staatsbad GmbH. Die Nachfolge ist bislang ungeklärt. Es ist wichtig, dass diese so wichtige Stelle mit einer kompetenten Person neu besetzt wird. Herr Bürgermeister, wir sehen Ihren Vorschlägen über die Findung einer geeigneten Person für die Führung unseres Staatsbades bis Februar 2020 entgegen, damit möglichst frühzeitig die Suche nach einer geeigneten und kompetenten Person begonnen werden kann.

Geldverschwendung ist für uns weiterhin die Mitgliedschaft im Hessischen Heilbäderverband. Nach unserer Kenntnis ist die Staatsbad GmbH Mitglied dort. Der Jahresbeitrag beläuft sich nach dem Beteiligungsbericht 2017 auf 48.852,88 €. Die Zahlen

für 2018, 2019 und wahrscheinlich auch 2020 werden ähnlich aussehen. Wir können keinen Nutzen an dieser Mitgliedschaft erkennen. Wir werden deshalb in einer der nächsten Sitzungen einen Antrag einbringen, dass der Bürgermeister angewiesen wird, in der Gesellschafterversammlung der Staatsbad GmbH einen Beschluss herbeizuführen, zum nächstmöglichen Termin aus dem Hessischen Heilbäderverband auszutreten.

Beim Heloponte, Herr Bürgermeister, haben Sie den Stadtverordneten zu Beginn des Jahres „Herumeierei“ vorgeworfen und uns aufgefordert, einen konkreten Vorschlag zu machen. Einen solchen konkreten Vorschlag hat Ihnen die CDU dann unterbreitet, der auch die Mehrheit dieses Hauses gefunden hat. Wir warten darauf, nach bald 7 Monaten endlich die von Ihnen erarbeiteten Ergebnisse zu dem hier gefassten Beschluss zu bekommen. Herumeiern tun Sie an dieser Stelle nun, Herr Bürgermeister.

Die Musikschule soll instandgesetzt werden. Dies ist gut und richtig. Bei den Investitionen findet sich im Haushalt für 2020 ein Betrag in Höhe von 385.000,-€ und für 2021 in Höhe von 300.000,- €. Dem gegenüber

steht ein Zuschuss in Höhe von 493.000,- € bis 2021. Bitte erläutern Sie uns im Finanzausschuss, wie wir die 1,5 Mio Euro für das Projekt zusammenbekommen.

Viel Geld lassen wir uns die Betreuung unserer Kinder in unseren Kindergärten kosten. Die Verwaltung hat uns einen Vorschlag unterbreitet, die Gebührenbefreiung für die Kinder unter 3 Jahren rückgängig. Wir haben diesen Punkt in der CDU sehr ausführlich und intensiv beraten. Wir werden bei den Beratungen im Finanzausschuss darauf achten, dass unsere Bürger nicht zu sehr belastet werden.

Vor etwa 2 Jahren gab es bekanntlich ein Hochwasserereignis in Mandern. Dabei wurden Teile des Ortes stark beschädigt. Seitdem laufen Planungen, den Hochwasserschutz in der Zukunft zu gewährleisten. Der Baubeginn dieser Maßnahmen hat sich immer wieder verschoben. Herr Bürgermeister, in der letzten Stadtverordnetensitzung haben Sie den Baubeginn der ersten Maßnahme kurz nach Ostern 2020 zugesagt. Hierauf nageln wir Sie fest. Es muss jetzt wirklich in Mandern losgehen, damit der Ort für

weitere Starkregenfälle gerüstet ist und es nicht erneut zu Überschwemmungen kommt!

Notwendig ist auch eine Lösung für eine öffentliche Toilettenanlage in Albertshausen. Der Magistrat sollte diesbezüglich die Gespräche mit dem Ortsbeirat dort suchen.

Im Rathaus ist seit langem bekannt, dass die Gewerbesteuer nur von wenigen aufgebracht wird. Dass dann der Wegfall eines größeren Gewerbesteuerzahlers zu erheblichen Rückgängen bei der Gewerbesteuereinnahme führt, kann doch nicht wirklich überraschen. Es gilt hier gegenzusteuern. Dies kann eigentlich nur geschehen durch die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben in unserem Stadtgebiet. Herr Bürgermeister, wir erwarten Ihre Vorschläge hierzu. In Ihrer Haushaltsrede findet sich hierzu nicht ein einziges Wort.

Den Verkauf des Hauses Österreich haben wir genau hier vor einem Jahr beschlossen. Vollzogen wurde der Kauf wohl bis zum heutigen Tage nicht. Wir Stadtverordneten wissen nicht, woran es hängt –

arbeitet die Verwaltung hier zu langsam oder hängt es am Käufer? Wenn sich jedenfalls ein solcher Vorgang derart lange zieht, Herr Bürgermeister, dann müssen Sie nachfassen, notfalls beim Investor anrufen und fragen, woran es hängt oder im schlimmsten Falle sogar Fristen setzen. Wir hoffen, dass wir möglichst noch in diesem Jahr hier zu einem Abschluss kommen. Es muss weitergehen für unsere Innenstadt!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, an meinen Ausführungen sehen Sie, dass die Stadt doch eine ganze Reihe von Baustellen und Punkten hat, bei denen Handeln gefragt ist.

Die Stadt tritt vielerorts seit Jahren auf der Stelle und hieran hat auch der Wechsel an der Spitze unserer Stadt bislang nichts geändert. Die Bürger erwarten, dass die Stadt ihre Dauerbauerstellen endlich abräumt.

Wir von der CDU sind dazu bereit, mutige und ideenreiche Vorschläge zur Lösung der Probleme unserer Stadt zu diskutieren und mitzutragen.

Herr Bürgermeister, dazu müssen wir aber auch Ihre Vorstellungen und Gedanken zu den einzelnen Themen kennen, damit wir diese gemeinsam lösen können. Die Hände in den Schoß zu legen und zu warten, dass sich die Dinge von selbst regeln, hat noch in den seltensten Fällen geholfen. Warten Sie nicht länger ab, sondern handeln Sie bei den wichtigen Themen, und zwar jetzt!

Wir freuen uns auf spannende Haushaltsberatungen!

Vielen Dank!